

## **Kinderbildungsgesetz reformieren! Für bessere Bildung, bessere Vereinbarkeit und bessere Arbeitsbedingungen**

Die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen befindet sich in einem dramatischen Zustand. Zu wenig Plätze im U3-Bereich, unpraktische Öffnungszeiten und zum Teil hohe Gebühren bringen Eltern zur Verzweiflung und erschweren massiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Große Gruppen und eine zu große Relation zwischen Kindern und Erzieher\*innen senken die pädagogische Qualität. Unattraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen führen zu einem eklatanten Fachkräftemangel in Kindertagesstätten. Dabei haben Kitas eine wichtige Funktion wenn es darum geht, Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken und Chancengleichheit voranzutreiben. Ob es um soziale, intellektuelle oder motorische Förderung geht: In den ersten Lebensjahren werden die Weichen für ein erfolgreiches gesellschaftliches und berufliches Leben gestellt.

Die NRW-Landesregierung hat nun ein Eckpunktepapier zur Reform des Kinderbildungsgesetzes vorgelegt. Es enthält Maßnahmen, um Kindertagesstätten in NRW finanziell abzusichern. Eine grundlegende Reform des frühkindlichen Bildungssystems in NRW ist aber nicht vorgesehen.

### **Fachkräfte halten und gewinnen**

Voraussetzung für mehr Kita-Plätze, einen kleineren Betreuungsschlüssel und eine bessere Qualität sind deutlich mehr Fachkräfte. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2018 fehlen in den NRW-Kitas mehr als 15.500 Erzieherinnen und Erzieher und über 2.800 Kita-Leitungen. Bisher fehlt es an einer landesweiten Strategie, mit der vorhandene Fachkräfte gehalten und neue hinzugewonnen werden können. Hier muss die Landesregierung dringend aktiv werden. Ziel muss es sein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Attraktivität des Berufsbildes deutlich zu steigern. Das gelingt durch mehr Ausbildungs- und Studienkapazitäten, eine Ausbildungsvergütung ab dem ersten Ausbildungsjahr und eine praxisintegrierte Ausbildung. Flächendeckende Tarifbindung und unbefristete Arbeitsverträge sollten selbstverständlich sein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zudem brauchen Erzieherinnen und Erzieher bessere Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf: Kontinuierliche Qualifizierungsangebote und externe pädagogische Beratung müssen als Anspruch auf Fachberatung gewährleistet werden. Für mehr Arbeitszufriedenheit und ein besseres pädagogisches Angebot würde eine verbindliche Mindestpersonalbemessung sorgen, die auch Verfügungs- und Ausfallzeiten realistisch einkalkuliert.

### **Gute frühkindliche Bildung sichern**

Die frühe Förderung von Kindern in Kindertagesstätten leistet einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit. Um eine optimale Betreuung zu gewährleisten, sind überschaubare Gruppengrößen und ein kleiner Betreuungsschlüssel unerlässlich. Der DGB tritt dafür ein, eine maximale Gruppengröße von 18 Kindern festzulegen. Für Kinder unter 3 Jahren und solche mit erhöhtem Förderbedarf sollte der Personalschlüssel bei einer Fachkraft zu drei Kindern liegen. Bei älteren Kindern ist ein Schlüssel von eins zu sieben anzuwenden.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen**

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren, sind Eltern auf ein gut ausgebautes Betreuungssystem und angemessene Öffnungszeiten angewiesen. Laut dem Landesamt für Statistik lag das Betreuungsangebot im U3-Bereich 2018 mit gerade einmal 27,2 Prozent und damit weit unter dem Bedarf. Im bundesweiten Vergleich ist Nordrhein-Westfalen damit Schlusslicht und muss alles daran setzen, den Kita-Ausbau zügig voranzutreiben. Darüber hinaus sind Öffnungs- und Arbeitszeiten für viele Eltern nicht kompatibel. Vor 7 Uhr morgens öffnen laut

NRW-Landesregierung nur 287 der über 9.500 Kitas in NRW. Und nach 17 Uhr haben 96 Prozent bereits geschlossen. Eltern mit längeren oder früheren Arbeitszeiten stellt das vor kaum lösbare Probleme, oftmals ist eine Verkürzung der Arbeitszeit (meist der Mutter) der einzig gangbare Weg. Ein bedarfsabhängiges, den örtlichen Gegebenheiten angepasstes Angebot mit Randzeiten ist daher unverzichtbar. Dabei ist klar: Die individuelle Anwesenheitszeit der Kinder von 9 Stunden täglich darf auch bei längeren Öffnungszeiten nicht überschritten werden.

Die Landesregierung hat beide Problemfelder grundsätzlich erkannt: Sowohl für den weiteren Ausbau als auch für großzügigere Öffnungszeiten hat sie Gelder zugesagt. Ob sie reichen, um die Betreuungssituation tatsächlich umfassend zu verbessern, ist fraglich.

### **Ungerechtigkeiten bei den Gebühren auflösen**

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf weder vom Einkommen der Eltern abhängen, noch davon, wo Kinder aufwachsen. Das ist bisher nicht der Fall: Da die Kommunen selbst über die Höhe und Staffelung der Beiträge entscheiden, gibt es in NRW einen wahren Flickenteppich aus Modellen. Das sorgt für große Ungerechtigkeiten: Erstens verlangen klamme Kommunen in der Regel deutlich höhere Beiträge als wohlhabende und zweitens werden die unteren Gehaltsgruppen meist überproportional durch die Kitagebühren belastet.

Die Landesregierung hat entschieden, neben dem letzten nun auch das vorletzte Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mittelfristig muss es aber darum gehen, den Kitabesuch vollständig beitragsfrei zu stellen und anderen Bildungseinrichtungen wie der Schule anzugleichen. Bis dahin ist die Landesregierung gefragt, das Gebühren-Gefälle zwischen den Kommunen auszugleichen und ergänzende Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Das ist derzeit nicht vorgesehen.

### **Zukunft finanzieren**

Sämtliche dringend notwendige Maßnahmen lassen sich nur umsetzen, wenn deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Seit einigen Jahren wird das Kita-System in NRW lediglich durch immer neue Rettungspakete am Leben gehalten. Der NRW-Familienminister hat zu Beginn des Jahres 2019 gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Eckpunkte-Papier vorgelegt, das ab dem Kita-jahr 2020/21 eine jährliche Kita-Finanzierung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro verspricht. Dieses Geld soll hauptsächlich genutzt werden, um das bestehende System auf finanziell sichere Füße zu stellen. Zudem wird das vorletzte Kita-Jahr landesweit beitragsfrei gestellt und 100 Millionen jährlich für flexiblere Öffnungszeiten gegeben. Das Land garantiert Kommunen und Trägern außerdem, jeden notwendigen neuen Kita-Platz zu finanzieren.

**Die vom Land zugesagten Maßnahmen sind Schritte in die richtige Richtung. Eine grundlegende Reform, die die Betreuungsqualität nachhaltig verbessert und das Fachkräfteproblem behertzt anpackt, bleibt allerdings aus. Für kleinere Gruppen, einen besseren Betreuungsschlüssel, mehr Beitragsgerechtigkeit und eine deutliche Aufwertung des Erzieher\*innenberufes müsste deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Für den DGB ist klar: Das sollte es Bund, Land und Kommunen wert sein. Denn die Berufs- und Lebenschancen werden gerade durch die frühkindliche Bildung maßgeblich mitbestimmt. Hier zahlt sich jeder ausgegebene Euro mehrfach aus.**